

# Ja zum Flüchtlingsdorf trotz offenen Fragen

Hauptausschuss gibt grünes Licht / Geggus: „Es wird zu Konflikten kommen“ / Bürgerinfo Anfang November

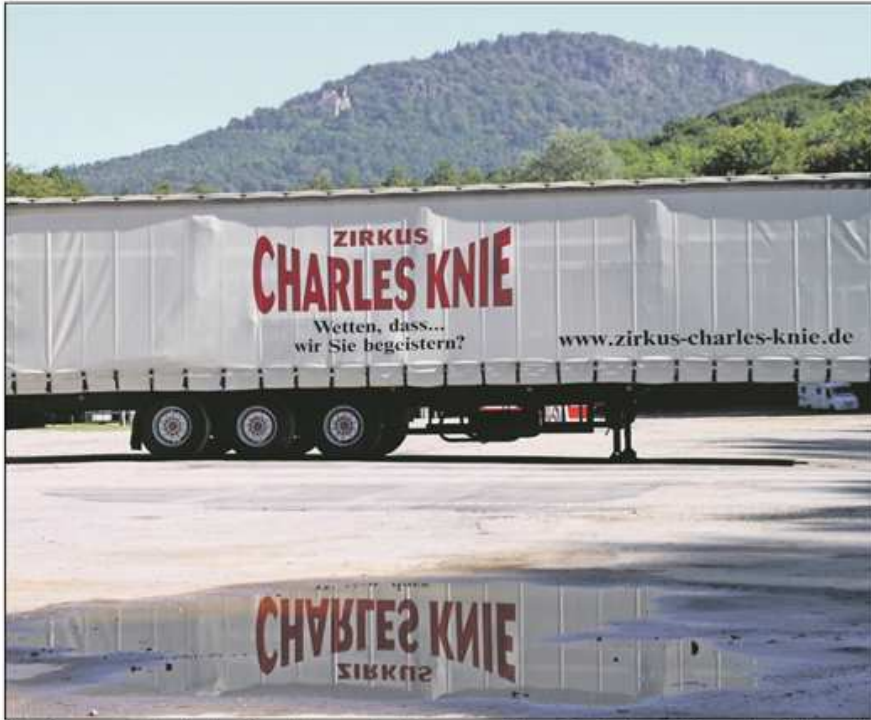
Von Harald Holzmann

**Baden-Baden – Der gemeinderätliche Hauptausschuss hat gestern einstimmig bei drei Enthaltungen die Planung der Verwaltung für die weitere Unterbringung von mehr als 1500 Flüchtlingen gebilligt. Wie berichtet, sollen sie auf dem Waldseeplatz, im Heitzenacker, bei Sandweier und im Hotel Abarin einquartiert werden.**

Kritische Fragen musste sich Bürgermeister Michael Geggus vor allem wegen des auf dem Waldseeplatz geplanten Flüchtlingsdorfes für bis zu 1000 Bewohner anhören. „Es ist eine Idee, die der Not gehorcht“, räumte er ein und meinte: „Wenn Sie nicht mitgehen können, stehe ich an der Wand und kann die Verantwortung nicht mehr tragen.“ Die Verwaltung rechne ab Oktober mit einer monatlichen Zuweisung von 80 Flüchtlingen. Ohne das Flüchtlingsdorf gebe es ab Januar keine freien Plätze mehr in der Stadt.

## Zaun, Beleuchtung und Eingangskontrolle

Bis zur Bürgerinfo, die am 2. oder 3. November im alten E-Werk stattfinden soll, werde man Konzepte für Bau, Sicherheit, medizinische Versorgung und Hygiene sowie die personelle Betreuung der Flüchtlinge vorlegen. Vorher schaffe man das aber nicht, betonte auch Oberbürgermeisterin Margret Mergen. Ebenso wenig sei es möglich, vor Oktober schon die genaue Finanzierung für das Projekt vorzulegen. „Trotzdem brauchen wir schon nächste Woche im Gemeinderat grünes Licht von Ihnen“, sagte die OB und bat für die „ungewöhnliche Reihenfolge“ um Verständnis.



**Zustimmung, aber keine Begeisterung im Hauptausschuss: Nach dem Abbau des Zirkuszelt beginnt die Planung für das Flüchtlingsdorf auf dem Waldseeplatz.** Foto: Fritsch

Auf Nachfrage von CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin zeichnete Geggus ein etwas konkreteres Bild vom geplanten Flüchtlingsdorf. Demnach sind dreistöckige Gebäude in Modulbauweise vorgesehen, ähnlich wie bei der im Frühjahr eingeweihten Unterkunft in der Industriestraße. Geplant seien ein Zaun, nächtliche Beleuchtung des Areals und Eingangskontrolle. „Es wird nicht die Atmosphäre einer Reihenhaussiedlung herrschen“, sagte Geggus. „Es wird zu Konflikten kommen. Wir müssen lernen, damit umzugehen.“

Geplant sei auch der Bau eines Zentrums mit Gemeinschaftsräumen und Büros, in denen Mitarbeiter der Verwaltung als Ansprechpartner ar-

beiten, darunter auch ein hauptamtlicher Koordinator der Ehrenamtlichen. Geggus will ein neues Sachgebiet mit eigener Leitung für die Betreuung von Flüchtlingen in der Verwaltung gründen und die Stellen zu Jahresbeginn 2016 zu besetzen. Damit werde die Betreuung der Flüchtlinge organisatorisch und personell von der Ausländerbehörde getrennt, sagte er. Man komme so der Vorgabe der Landesregierung nach. Eine Betreuung der Flüchtlinge durch einen Wohlfahrtsverband, wie von Grünen-Fraktionschefin Beate Böhlen gefordert, lehnte er aber aus Kostengründen kategorisch ab.

Die CDU stimme der Planung zu, sagte Schöpflin. Aber

er bestand darauf, dass in der kommenden Woche im Gemeinderat weitere Fragen beantwortet werden. Unter anderem regte er an, auf dem Waldseeplatz und im Heitzenacker keine provisorischen Unterkünfte, sondern Gebäude zu errichten, die auch nach der Zeit als Flüchtlingsheim weiter genutzt werden könnten. Zudem will er genauer über Finanzierung und Sicherheitskonzept informiert werden.

## Hirth: Für nachhaltige Bebauung fehlt die Zeit

Wünschenswert sei eine Unterbringung in kleineren Einheiten, sagte Böhlen. „Aber wir müssen viele Menschen

schnell unterbringen. Deshalb stimmen wir zu.“ Ähnlich äußerte sich Kurt Hochstuhl (SPD). „Wir geben grünes Licht, weil wir unserer humanitären Verantwortung gerecht werden müssen“, sagte er. Und Tilman Schachtschneider (FBB) meinte, es gebe zwar viele offene Fragen, die aber nicht in Baden-Baden, sondern in Berlin entschieden werden müssten. „Wir hier sind aber gezwungen, voranzuschreiten und das zu tun, was die Verwaltung vorgeschlagen hat.“

Skepsis dagegen bei den Freien Wählern: Sie enthielten sich der Stimme. „Wir können nicht so tun, als sei das alles zu finanzieren“, sagte Fraktionschef Hans-Peter Ehinger und forderte „mehr Klarheit bei der Kostenrechnung“. Es sei doch klar, dass „wir den Menschen in der Stadt wehtun“ müssten, sagte er, um die Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen zu schultern. Enthaltung auch bei den Liberalen: Rolf Pilarski meinte, man müsse „noch abwarten“. Die FDP glaube, dass man auf dem Waldseeplatz Gebäude errichten müsse, die „später für den sozialen Wohnungsbau weiter verwendet“ werden könnten.

Bürgermeister Werner Hirth indes machte deutlich, dass dafür die Zeit fehlt. „Wir wären gerne diese Strategie gefahren.“ Für ein Wohnbebauungskonzept für den Waldseeplatz brauche die Verwaltung aber „Minimum ein Jahr“, so Hirth. Die ersten 100 Flüchtlinge sollen jedoch schon in gut drei Monaten dort unterkommen.

„Wir werden die Herausforderung meistern“, machte Mergen den Ausschussmitgliedern Mut und dankte Helfern und Verwaltungsmitarbeitern für die Bewältigung des Kraftakts. Der Gemeinderat wird sich am Montag abschließend mit dem Thema beschäftigen.